

# Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 68

Freitag, den 21. März 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

\* Die Berufung des Senatspräsidenten Szynanski zum polnischen Ministerpräsidenten hat wegen seiner politischen Unfähigkeit allgemein größte Ueberraschung hervorgerufen.

\* Im Haushalt des Auswärtigen Amtes werden im Jahre 1930 zum ersten Male die Besoldungen für die auswärtigen Vertretungen ausgewiesen.

\* Die Reichsregierung beabsichtigt vorläufig nicht, das Material gegen den Thüringischen Innenminister zu veröffentlichen, trotzdem die Thüringer Regierung sich geschlossen hinter Dr. Fried gestellt hat.

## Der Konflikt mit Thüringen.

Das Material gegen Dr. Fried . . .

Berlin, 21. März.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist es zunächst nicht beabsichtigt, das gegen den thüringischen Innenminister vorliegende Material, das allen maßgebenden Instanzen, also wohl auch dem Reichsjustizministerium bekannt sei, zu veröffentlichen. Der Reichsinnenminister sei in engerer Fühlungnahme mit dem Reichszentralrat, der die Richtlinien der Politik bestimmt, vorgegangen. An der der Abhandlung des Schreibens an das thüringische Staatsministerium vorausgegangenen Besprechung hat übrigens auch Reichswehrminister Gröner teilgenommen. Im übrigen sind weitere Schritte der Reichsregierung zunächst nicht beabsichtigt.

Wie in unterrichteten Kreisen weiter verlautet, galt die Hinzuziehung des Reichswehrministers Gröner der Propaganda, die von nationalsozialistischer Seite in der Reichswehr getrieben worden sei.

. . . und die Meinung der Thüringer Regierung.

Das thüringische Gesamtkabinett beschäftigte sich mit dem bekannten Brief des Reichsinnenministers Severing. Man einigte sich auf eine Erklärung, die Staatsminister Baum im Landtag zur Verlesung brachte.

Die Regierung spricht darin ihr größtes Bedauern über Form und Inhalt des Schreibens Severings, sowie darüber aus, daß sein Brief erst nach der Veröffentlichung durch Mundfunk und Presse in den Besitz der Landesregierung gelangt sei.

Nach den von der Regierung getroffenen Feststellungen verfolge der Bund „Alder und Gallen“ keine der Reichsverfassung oder dem Strafrechtswesen zuwiderlaufenden Ziele, so daß für die Regierung keinerlei Anlaß vorzulegen habe, gegen diesen Bund vorzugehen. Ein Beschluß des Staatsministeriums, das Schreiben Severings vom 17. Februar 1930 nicht zu beantworten, liege nicht vor.

Die bisher nicht erfolgte Beantwortung jenes Briefes gebe aber nach Ansicht des Kabinetts dem Reichsminister kein Recht, alle Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen einzustellen. Diese Maßnahme, die nur geeignet sei, die thüringische Bevölkerung zu beunruhigen, das Ansehen des Landes aufs schwerste zu schädigen und ohne Not einen Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen herbeizuführen, weise die Regierung mit aller Entschiedenheit zurück.

Wolle das Reich die Zuschüsse für die Landespolizei sperren, so sei es seine Aufgabe, Beweise dafür zu erbringen, daß die Vorbedingungen für die Organisation und Verwaltung der Landespolizei nicht erfüllt werden.

Eine Erklärung Dr. Jansons.

Eisenach, 21. März. Zu den Angriffen, die gegen Oberbürgermeister Dr. Janson in einem Teil der Presse erhoben worden sind, erhalten wir folgende Erklärung: Einige Zeitungen haben geglaubt, eine belanglose, nur wörtlich inhaltsinteressierende Angelegenheit der städtischen Selbstverwaltung zu einem großen politischen Skandal machen zu sollen. Die unbedeutende Stellung eines Polizeikommissars Gruppe 1 b sollte mit einem Manne besetzt werden, der persönlich unbefleckt und ohne eine politische Bindung war. Die Unterredung mit dem Bewerber bezweckte lediglich, vorhandene ungünstige Auskünfte (Reichheit und Ungeeignetheit für den Erekutivdienst, Selbstverurteilung im Kriege, nichtfreiwillige Ausschließung aus dem preussischen Polizeidienst) aufzuklären und nach Möglichkeit zu entkräften. Die Unterredung hatte nicht im geringsten eine politische Tendenz. Sie ist nur durch Umstellung, Wendung und Erfindung ins Hochpolitische umfrisiert worden. Die behaupteten Zusammenhänge mit dem Minister Dr. Fried sind frei erfunden. Der Oberbürgermeister Dr. Janson hat gegen den in Frage kommenden Polizeikommissar Mahts, den Redakteur des „Vorwärts“ und andere Zeitungen Strafantrag gestellt.

## Thüringen will den Staatsgerichtshof anrufen.

Das Thüringer Gesamtministerium erließ einen Aufruf an das Thüringer Volk, in dem es u. a. heißt:

Als im Anfang d. J. die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie das Versprechen ab, alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit aller Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit des Landes zu erhalten. Inzwischen sind wichtige Gesetze zu der notwendigen Finanz- und Verwaltungsreform vorbereitet und dem Landtag zugeleitet worden. In diesem Zeitpunkt strengster und verantwortungschwerster Arbeit um die Lebensinteressen des Thüringer Volkes unternimmt es der der sozialdemokratischen Partei angehörende Reichsinnenminister Severing, ohne jede haltbare Begründung und unter Mißachtung der getroffenen Vereinbarungen in den gedeihlichen Fortgang der Thüringer Regierungsgeschäfte einzugreifen und kündigt in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von beträchtlichen, dem Lande zustehenden Mitteln an. Wenn sich die Landesregierung mit dieser Kundgebung an die Öffentlichkeit wendet, weiß sie sich in der Zurückweisung dieser Angriffe eins mit der heimattrauen Thüringer Bevölkerung. Sie bittet das Thüringer Volk um Gefolgschaft und Treue in dem festen Willen alle Angriffe auf die Ehre, das Ansehen und die Freiheit des Heimatlandes abzuwehren.

Wie im Anschluß an die Donnerstagsitzung des thüringischen Kabinetts zuverlässig verlautet, wird die thüringische Regierung für den Fall, daß die Ankündigung des Reichsinnenministers, dem Lande Staatsmittel vorzuenthalten, durchgeführt werden sollte, vor Herbeiführung einer Entscheidung den Staatsgerichtshof anrufen.

## Zustimmung des Reichskabinetts zum Osthilfeprogramm.

Berlin, 21. März.

Das Reichskabinett trat Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Reichszentralrats zur Erledigung einer größeren Anzahl laufender Angelegenheiten in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammen.

In erster Linie kamen Anregungen, die der Reichspräsident in seinem bekanntem Schreiben an die Landesregierung vom 18. März gemacht hat, zu eingehender Erörterung. In diesem Zusammenhang hatte der Reichsminister des Innern vor kurzem dem Kabinett einen im Einvernehmen mit den beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts ausgearbeiteten Plan einer Reichs- und Staatshilfe für die bedrängten Ostgebiete vorgelegt, der in der Kabinettsitzung die grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung gefunden hat. Mit der Ausführung dieses Planes, der an sich für 10 Jahre vorgesehen ist, soll im bevorstehenden Haushaltsjahr 1930 mit dem im Haushaltsplan vorgesehenen 22 Millionen RM. begonnen werden.

Sodann berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die in den letzten Tagen zustandekomme gemeinsamen agrarpolitischen Anträge der Regierungsparteien, die vom kommenden Montag ab ihre parlamentarische Erledigung beschleunigt finden sollen.

## Finanzausgleich vom Reichsrat angenommen.

Mecklenburg-Schwerin klagt.

Berlin, 21. März.

Die Gesamtvorlage über den vorläufigen Finanzausgleich wurde im Reichsrat mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und Schaumburg-Lippe. Nach der Annahme des preussischen Auftrages zu § 35, wonach die bisher den leistungsschwachen Ländern gewährte Ueberweisung von 25 Prozent auf 15 Prozent herabgesetzt wird, gaben die Vertreter von Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg Protestklärungen ab. Mecklenburg-Schwerin erklärte, daß es den Beschluß für verfassungswidrig halte und den Klagerweg beim Staatsgerichtshof beschreiten werde.

Gegen die Ratifizierung des Youngplans.

Paris, 20. März. Der Vollzugsausschuß der radikalsozialistischen Partei schloß die Minister Dumesnil und Falcoz, die bekanntlich entgegen der Anordnung der Partei in die Regierung eingetreten sind, gegen drei Stimmen aus der Partei aus. Ein Teil der Morgenpresse nimmt an, daß sich die Radikalsozialisten bei der Abstimmung über die Ratifizierung des Youngplans der Stimme enthalten werden.

## Diplomaten-Gehälter.

Das Auswärtige Amt im Jahre 1930.

Berlin, 21. März.

Im Vorwort zum Haushalt des Auswärtigen Amtes für das Rechnungsjahr 1930 wird darauf hingewiesen, daß der Gesamthaushaltsjahrgang um 2,2 Millionen Mark ermäßigt worden ist. Eine Vermehrung der deutschen Vertretungen im Ausland ist für das Jahr 1930 nicht vorgesehen. Es hat sich lediglich aus politischen Gründen als notwendig erwiesen, im irischen Freistaat anstelle des Generalkonsuls in Dublin einen Gesandten vorzuziehen.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes weist für 1930 insofern eine grundlegende Neuerung auf, als die für die Vertretungen im Ausland vorgezogene Stellenbesetzung und die Höhe der den einzelnen Beamten zuzehenden Bezüge jetzt in Gestalt eines Besoldungsplanes in den Haushalt selbst aufgenommen worden sind. Damit ist dem Verlangen des Reichstags, die Stellenbesetzung und die Höhe der Gehaltsbezüge den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften zu unterstellen, Rechnung getragen worden.

Nach diesem Plan bezieht das Höchstgehalt der Diplomaten der deutsche Botschafter in Washington, nämlich 170 000 Mark im Jahr. Es folgen die deutschen Botschafter in London und Madrid mit je 145 000 Mark. Der Botschafter in Moskau bezieht 140 000 Mark, die deutschen Botschafter in Rom beim Quirinal und beim Vatikan sowie der Botschafter in Tokio 130 000 Mark, der Botschafter in Paris 120 000 Mark. Das gleiche Gehalt bezieht auch der Botschafter in Ungarn. Dabei ist der Wert der Dienstwohnung abgezogen. Vom 30. September 1930 an tritt für die Botschafter eine Verringerung der Bezüge ein. Von den Gesandten bezieht das Höchstgehalt der deutsche Gesandte in Buenos Aires mit 147 000 Mark, es folgt der Gesandte in Peking mit 88 000 Mark, der Gesandte in Rio de Janeiro mit 87 000 Mark, der Gesandte in Warschau mit 76 000 Mark, der Gesandte in Bern mit 75 000 Mark und der Gesandte in Wien mit 74 000 Mark.

Von sonstigen Gehältern ist noch bemerkenswert das des Generalkonsuls in Neuport mit 62 000 Mark. Der Gesandte in Teheran bezieht 79 000, der in Kabul 58 000 Mark. Es bezieht weiter der deutsche Konsul in Odesa 31 000 Mark, Philadelphia 38 000 Mark, Porto Alegre 40 000 Mark, New Orleans 40 000 Mark, Winnipeg 39 000 Mark, Wladiwostok 33 000 Mark, Yokohama 36 000 Mark. Die Gesamtsumme der Besoldungen für die auswärtigen Vertretungen beläuft sich auf 21,7 Millionen Mark.

## Erhöhung des Schweinezolls um 50%.

Die Furcht vor den polnischen Schweinen.

Berlin, 21. März.

Das Zollgesetz vom 22. Dezember 1929 bestimmt, daß der Schweinezoll von 18 Mark für den Doppelzentner Lebendgewicht um 50 Prozent zu erhöhen, bezw. zu erniedrigen ist, wenn der Preis die beiden Richtzahlen von 70 und 85 Mark für den Zentner über-, bezw. unterschreitet. Die Verringerung des Zolls hat dann einzutreten, wenn der Durchschnittspreis der letzten vier Notierungen die Abweichung von dem Richtpreis ergibt.

Die Berliner Notierung für Lebendschweine hat unter dem Einfluß harter Auftriebe von litauischen Schweinen und infolge übertriebener Furcht vor dem zu erwartenden polnischen Schweinekontingent an den letzten vier Markttagen die untere Preisgrenze von 70 Mark nicht erreicht. Es ist deshalb in diesen Tagen die Erhöhung des Zolls auf 27 Mark für den Doppelzentner zu erwarten, die voraussichtlich in kurzer Zeit zum Wiederanziehen der Preise führen wird, nachdem vorübergehend ein neuer Rückgang zu erwarten ist.

## Politische Rundschau.

Stagener Besuch des Kreuzers „Köln“.

Kopenhagen, 21. März. Stagen hatte den Besuch des deutschen Kreuzers „Köln“, der vor der Stadt vor Anker ging. Im Laufe des Tages stattete der Kommandant den örtlichen Behörden den üblichen Höflichkeitbesuch ab. Am Nachmittag hatte die Besatzung Landgang. Bei dieser Gelegenheit wurden an den deutschen Kriegsgräbern auf dem örtlichen Friedhofe Kränze niedergelegt. Am Abend Lichtete die „Köln“ wieder die Anker mit Wilhelmshaven als Ziel.

Ende des australischen Bergarbeiterstreits.

London, 21. März. Der australische Bergarbeiterstreit nähert sich nun nach mehr als einjähriger Dauer seinem Ende. Die Grubenbesitzervereinigung im nördlichen Südwales habe beschlossen, ihre Gruben wieder zu öffnen. Auch in anderen Bezirken werden nunmehr Vorbereitungen getroffen, um die Ar-